

Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung, die von einem Computeralgorithmus durchgeführt wird. Für Zitate verwenden Sie bitte die englische Version dieses Dokuments.

Im Namen der Innovation

**Die Industrie kontrolliert Milliarden von EU-Forschungsgeldern,
das öffentliche Interesse hat das Nachsehen**

ZUSAMMENFASSUNG

Dies ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen zweier umfangreicher Forschungsberichte über öffentlich-private Partnerschaften in der EU, die von den NGOs Global Health Advocates und Corporate Europe Observatory verfasst wurden:

- ❖ **"Mehr privat als öffentlich: über die Art und Weise, wie Big Pharma die Initiative Innovative Arzneimittel dominiert".**
- ❖ **"Forschen & Zerstören: Die Fabriken der industriellen Bioökonomie bedrohen das Klima und die Biodiversität".**

Untersucht wurden zwei öffentlich-private Partnerschaften zwischen der Generaldirektion (GD) Forschung und Innovation der Europäischen Kommission und Lobbygruppen der Industrie: das Konsortium für innovative Arzneimittel (IMI) und das Konsortium der biobasierten Industrie (BBI). Gemeinsam zeichnen sie das Bild einer für öffentlich-private Partnerschaften eingerichteten Institution, die "Privilegien und Vorteile" für den privaten Sektor und "Pflichten und Verpflichtungen" für den öffentlichen Sektor festschreibt, mit besorgniserregenden Auswirkungen auf die Verdrängung des öffentlichen Interesses bei einer Vielzahl von Themen: von der Vernachlässigung der Pandemievorsorge bis hin zum Vorantreiben von Entwaldung und Klimawandel.

Unter dem Titel "Innovation in der Gesundheitsforschung" hat die Pharmaindustrie, vertreten durch den pharmazeutischen Handelsverband und die Lobbygruppe EFPIA (European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations), über die IMI ein öffentliches EU-Forschungsbudget von 2,6 Milliarden Euro für den Zeitraum 2008-2020 genutzt, hat es aber bisher versäumt, sinnvoll in Forschungsbereiche zu investieren, in denen öffentliche Mittel dringend benötigt werden. Zu diesen Bereichen gehören die langfristige Vorbereitung auf Epidemien (auch durch Coronaviren verursachte), HIV/AIDS und armutsbedingte sowie seltene tropische Krankheiten. Stattdessen nutzte die Pharmaindustrie das Budget meist zur Finanzierung von Projekten in Bereichen, die kommerziell rentabler waren.

BBI ist eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen Lobbygruppen der Agrar- und Forstwirtschaft, der Biotechnologie, der chemischen Industrie und der Industrie für fossile Brennstoffe auf der einen Seite, und der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission auf der anderen, die angeblich zum Aufbau einer "nachhaltigen kohlenstoffarmen Wirtschaft" beitragen soll. Bei dieser Partnerschaft, die 2014 für einen Zeitraum von zehn Jahren gegründet wurde,

steuerte der öffentliche Sektor ein Budget von 975 Millionen Euro bei, während der Privatsektor hauptsächlich Sachmittel einbrachte. Die Industrie legte die allgemeinen Forschungsprioritäten fest und entwarf jeden jährlichen Arbeitsplan. Hauptziel des BBI ist der Bau von Bioraffinerien" und die Entwicklung neuer Technologien zur Verarbeitung unbegrenzter Mengen an Biomasse, die aus Wäldern und Böden gewonnen wird. Damit werden deren Rolle als Kohlenstoffsinken, der Schutz der biologischen Vielfalt, sowie eine sichere Nahrungsmittelversorgung bedroht.

Seit mehr als 15 Jahren **ist es Lobbygruppen der Industrie gelungen, die Europäische Kommission davon zu überzeugen, den Privatsektor darüber entscheiden zu lassen, wie sehr große Beträge der öffentlichen Forschungsfinanzierung über öffentlich-private Partnerschaften für Forschung und Innovation eingesetzt werden sollten.** IMI und BBI gehören zu den größten dieser Partnerschaften, den "Joint Undertakings". Es gibt sieben gemeinsame Unternehmen, die zwischen 2014 und 2020 finanziert wurden, **wobei mehr als 7 Milliarden Euro aus Steuergeldern aufgebracht wurden.**

IMI und BBI haben **eine Vielzahl von Projekten zur Entwicklung von Produkten, Technologien und Verfahren** finanziert, **die in erster Linie den beteiligten Unternehmen zugute kommen, während die Folgen für die öffentliche Gesundheit, die Menschen und die Umwelt kaum berücksichtigt werden.** Die Berichte enthalten zahlreiche detaillierte Beispiele, wie z.B. ein billigeres Herstellungsverfahren für ein Schlüsselmedikament zur Unterstützung von HIV-Infizierten in Afrika, das bisher anscheinend nur zu Gewinnen von Sanofi beigetragen hat, oder der Chemiekonzern Clariant, der Millionen von Euro für den Bau einer Fabrik erhält, die riesige Mengen landwirtschaftlicher "Rückstände" in Treibstoff umwandeln soll (obwohl diese in der Landwirtschaft andere wichtige Verwendungszwecke haben und für die Bodenpflege wichtig sind).

Gerade jetzt, wo die COVID-19-Pandemie deutlich macht, wie kurzfristiges Denken und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Forschung die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften geschädigt haben, laufen wir Gefahr, die Probleme ungelöst zu lassen: Die EU-Mitgliedsstaaten verhandeln über den EU-Haushalt 2021-2027, auch für "Horizon Europe", das nächste Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation. 100 Milliarden Euro stehen auf dem Spiel. Die Europäische Kommission und die reichsten Mitgliedsstaaten, deren Unternehmen am meisten von diesen öffentlich-privaten Partnerschaften profitieren, drängen darauf, dass IMI, BBI und die anderen gemeinsamen Unternehmen in einer neuen, aber vergleichbaren Form "institutionalisierter Europäischer Partnerschaften", weitergeführt werden. **Aber öffentliche Gesundheit und Nachhaltigkeit sind grundlegende Fragen, die eine Forschungs- und Innovationspolitik erfordern, die Wissen und Ergebnisse für alle und nicht nur Gewinne für einige wenige liefert.**

IMI und BBI sollen die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärken und gesellschaftliche Herausforderungen angehen, aber die Industrie kontrolliert ihre Prioritäten

Die beiden wichtigsten offiziellen Begründungen für die Schaffung der IMI und des BBI waren erstens die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Industrien und zweitens die Bewältigung besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen durch die Finanzierung von Forschungsprojekten, die nach Aussage des IMI die Gesundheit und den Zugang der Patienten zu Medikamenten verbessern würden, insbesondere in Bereichen mit "ungedektem medizinischem oder sozialem Bedarf". Nach Auffassung des BBI ist dies ein "Beitrag zu einer ressourceneffizienteren und nachhaltigeren kohlenstoffarmen Wirtschaft". Der Anspruch war, die technologischen Innovationen der Industrie so zu steuern, dass sie den gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen.

Unsere Ergebnisse zeigen jedoch, dass in Bezug auf BBI und IMI kaum glaubwürdige Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen gegeben werden und dass die Beweise für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit über die Unternehmensebene hinaus begrenzt sind. **Die überwältigende Mehrheit der von uns untersuchten Projekte, die Struktur und die Mechanismen dieser öffentlich-privaten Partnerschaften selbst, zeigen, dass die teilnehmenden Unternehmen die Prioritäten der Partnerschaften und die Verwendung öffentlicher EU-Gelder zu ihrem eigenen direkten Nutzen kontrollieren.** Und dies bedeutet nicht nur, dass diese Unternehmen die Partnerschaft manchmal missbrauchen, sondern auch eine logische Folge der Art und Weise, wie diese Partnerschaften eingerichtet wurden.

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) sind oft umstritten, aber ihre häufigste Vereinbarung besteht darin, dass der öffentliche Sektor den Auftrag definiert, den privaten Sektor mit der Umsetzung beauftragt und dann der endgültige Eigentümer des Produkts ist. Aber hier werden, obwohl BBI und IMI durch EU-Verordnungen geschaffen wurden, die strategische Forschungsagenda jeder PPP und sogar die jährlichen Arbeitspläne von den teilnehmenden Unternehmen vorgeschlagen, die am Ende auch die Endprodukte besitzen.

Dieselben Unternehmen - in Konsortien mit öffentlichen Universitäten und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) - bewerben sich auf EU-Aufforderungen zur Einreichung von Forschungsvorschlägen, die sie größtenteils selbst verfasst haben, und sind damit in der privilegierten Lage, die angebotenen öffentlichen Mittel manchmal direkt zu erhalten oder, was noch häufiger der Fall ist, KMU und öffentliche Forscher dazu zu bringen, an ihren bevorzugten Prioritäten zu arbeiten und sich das Ergebnis anschließend anzueignen.

Die Lobbygruppe, die die Industrie im BBI vertritt, das Bio-Based Industries Consortium (BIC), hat dies deutlich gemacht: **"Da die BIC-Mitglieder den jährlichen Arbeitsplan entwickeln, haben sie Zugang zu Informationen frühzeitig vor der offiziellen Veröffentlichung des Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen. Dies erhöht ihre Chance, erfolgreiche Projektvorschläge zu verfassen.** 64% der BIC-Großunternehmen, KMU und KMU-Cluster sind in bewilligten BBI-Projekten (2014-2017) vertreten".

Die Lobby der Pharmaindustrie gab 2011 zu, dass IMI zur Finanzierung von Projekten verwendet werden könnte, die die Pharmaindustrie ohnehin in Auftrag gegeben hätte.

Auch die Industrie soll sich an der Partnerschaft beteiligen. Im Wesentlichen in Form von Sachleistungen, aber auch finanziell. Doch was den BBI betrifft, so **haben die Industriepartner bisher nur 3 Prozent ihrer erwarteten finanziellen Beiträge und 3,7 Prozent ihrer prüffähigen Sachleistungen erbracht.** Inzwischen hat die Europäische

Kommission bereits 27 Prozent (264,6 Millionen Euro) ihrer Einlage in die Partnerschaft eingezahlt. Darüber hinaus haben sich die Industriepartner in beiden Partnerschaften gegen Transparenz bei der Bewertung ihrer Sachbeiträge (die hauptsächlich aus ihren eigenen Forschungseinrichtungen und Mitarbeitern bestehen) ausgesprochen.

Warum nicht die Kosten für Ihre private Forschung und Entwicklung an den Steuerzahler auslagern, wenn die möglich ist?

Unternehmensprioritäten dominieren: IMI und BBI finanzierten Projekte, die der Industrie helfen, Regulierungsbehörden zu lobbyieren; aber die IMI blockierte die Finanzierung der Forschung zur Vorbereitung auf Epidemien

Wir dokumentierten auch, wie **mehrere von diesen Partnerschaften finanzierte "Forschungs"-Projekte tatsächlich die Lobby- und PR-Arbeit von Unternehmen unterstützen**, indem sie industriefreundliche Regulierungsvorschläge ausarbeiten, die auf EU-Regulierungsbehörden abzielen, oder PR-Aktivitäten finanzieren, um den Ruf von Produkten in der Öffentlichkeit zu verbessern. Zum Beispiel fanden wir IMI-Projekte, die der Industrie dabei halfen, **bei den Regulierungsbehörden Lobbyarbeit zur Sicherheitsbewertung neuer Arzneimittel zu betreiben**, wie z.B. die Senkung der Evidenzstandards für neue Medikamente durch beschleunigte Marktzulassungen. Einige BBI-Projekte halfen der Industrie, **Lobbyarbeit bei EU-Entscheidungsträgern bezüglich der Regulierung von GVOs oder des Recyclings von Biokunststoffen zu betreiben**, und produzierten kurze webbasierte Videos, um biomasse-basierte Produkte in der Öffentlichkeit zu bewerben, ohne ihre möglichen Risiken (Sicherheit, negative Umweltauswirkungen usw.) zu erwähnen.

Dieses "Partnerschafts"-Format bietet Privatunternehmen zusätzliche Vorteile: Wenn ihre Lobbyisten mit hochrangigen Kommissionsbeamten im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen der PPP-Verwaltungsräte interagieren, **erhalten sie sehr detaillierte Insider-Informationen und Einblicke** in die Vorgänge innerhalb der Kommission, auch über die Zukunft dieser Partnerschaften.

Wir waren empört, als wir Beweise dafür fanden, dass die Lobby der Pharmaindustrie EFPIA nicht nur die Finanzierung der Biogefahrenabwehr (d.h. die Bereitschaft, auf Epidemien wie die durch das neue Coronavirus COVID-19 verursachte Epidemie vorbereitet zu sein) nicht als "regulatorisches Thema" für die IMI betrachtete (d.h. die IMI hätte nach Forschungsprojekten suchen können, um sie zu finanzieren¹), sondern sich auch dagegen aussprach, dass sie in die Arbeit der IMI einbezogen wird, als die Europäische Kommission 2018 diese Möglichkeit in Betracht zog. Seit dem Auftauchen des Coronavirus SARS - ein enger Cousin des neuartigen Coronavirus - im Jahr 2003 drängen Forscher darauf, die Entwicklung medizinischer Technologien zur Bekämpfung solcher Viren zu beschleunigen. Tatsächlich gebe es "bereits 2016 einen vielversprechenden Kandidaten für die Behandlung des Coronavirus", aber er habe nicht die Aufmerksamkeit von Big Pharma für die weitere

¹ Siehe die Beschreibung der IMI, was 'Themen' in der Partnerschaft sind
<https://www.imi.europa.eu/apply-funding/future-topics>

Entwicklung erhalten². **Erst jetzt, da eine globale Pandemie wütet und öffentliche Notfallfonds mobilisiert werden, um sie zu bekämpfen, zeigt die Industrie ihre Bereitschaft, bei der Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungen zu helfen.** In ähnlicher Weise trödelte die Industrie bei Ebola; erst als die Ebola 2014 zu einer Epidemie wurde, begann die IMI mit der Finanzierung einschlägiger Forschungsprojekte. Dieser Fall zeigt, wie verspätete Interventionen, wenn eine Epidemie bereits im Gange ist, viel weniger nützlich sind als die Art von vorsorgliche Gefahrenabwehr, die die Industrie ablehnte.

Es wird Zeit, die Vereinnahmung der EU-Forschungspolitik und -Gelder durch Unternehmen zu beenden

Öffentliche Forschungsfinanzierung ist eine wertvolle, strategische Investition in die Wissensproduktion von morgen, und in einer Zeit sich überschneidender Krisen - von COVID-19 bis zum Klimawandel - ist dies wichtiger denn je. Aber ist das öffentliche Interesse am besten durch die derzeitige Art und Weise der "Forschungspartnerschaften" mit dem Privatsektor gewahrt? Die in den beiden Berichten beschriebenen Fakten deuten darauf hin, dass dem nicht so ist.

Worum es hier geht, ist die **gemeinsame Erfassung der EU-Politik und der Budgets in Schlüsselbereichen.** Die EU hat einige bescheidene Reformen der ÖPPs vorgeschlagen, um die (massive) Lücke in der Rechenschaftspflicht bei der Sachfinanzierung zu schließen oder die Fähigkeit der Kommission zu verbessern, Zugang zu Projektdokumenten zu erhalten (was ihr bisher unglaublich schwer fiel). Diese lösen jedoch nicht **das Grundproblem: eine fehlerhafte politische Rechtfertigung, die auf der Annahme beruht, dass eine öffentlich-private Partnerschaft, deren Forschungsagenda von kommerziellen Interessen bestimmt wird und deren Hauptzweck darin besteht, die private Finanzierung technologischer Innovationen "risikofrei" zu machen, gleichzeitig auf sinnvolle Weise auf gesellschaftliche Bedürfnisse eingehen kann.**

Das magische Denken, dass kommerzielle und öffentliche Ziele geradezu natürlich übereinstimmen, dient nur dazu, die Interessen, denen die derzeitige Forschungs- und Innovationspolitik der EU dient, bequem zu rechtfertigen. Dies alles geht auf Kosten einer Forschung, die wirklich dem öffentlichen Interesse dient, und der Freiheit der öffentlichen Forscher, ihre Arbeit zu definieren und zu bewerten. Es ist zum Beispiel klar, dass **wir ohne unabhängige, öffentliche Klimaforscher immer noch über die Realität des vom Menschen verursachten Klimawandels debattieren würden. Es ist höchste Zeit, dass die Forschungspolitik der EU die politische Aufmerksamkeit und die Debatten ermöglicht, die dringend notwendig sind.**

² Diarmaid McDonald, "Trumps Versuch, einen Coronavirus-Impfstoff zu kaufen, zeigt, warum Big Pharma sich ändern muss", *The Guardian*, 16. März 2020, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/mar/16/trump-coronavirus-vaccine-big-pharma-president-drugs-industry-profit>

DETAILLIERTE ERGEBNISSE

=> Zur Initiative Innovative Arzneimittel (IMI)

- Die IMI ist eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Verband der pharmazeutischen Industrie und Verbände (EFPIA), dem EU-Handelsverband und der Lobbygruppe der pharmazeutischen Industrie.

- **Zeitleiste:** Die erste IMI-Partnerschaft lief von 2008-2013 und wurde als IMI2 für den Zeitraum 2014-2020 erneuert (einige Projekte laufen mindestens bis 2024, aber Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen werden bis spätestens Ende 2020 veröffentlicht). Das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) 2021-2027 wird höchstwahrscheinlich einen Nachfolger der IMI, die "Innovative Gesundheitsinitiative", enthalten.

- **Haushalt:** IMI1 hatte 2 Mrd. € (1 Mrd. € öffentliche EU-Finanzierung und 1 Mrd. € von EFPIA-Unternehmen); IMI2 hatte 3,276 Mrd. € (1,638 Mrd. € EU-Finanzierung, EFPIA hat sich verpflichtet, 1,425 Mrd. € in Form von Sachleistungen beizusteuern).

- **Angegebenes Ziel:** Verbesserung der Gesundheit durch Beschleunigung der Entwicklung und Zugang zu innovativen Arzneimitteln für Patienten, insbesondere in Gebieten, in denen ein ungedeckter medizinischer oder sozialer Bedarf besteht.

Umleitung öffentlicher Gelder für kommerzielle Interessen

- Die IMI versäumt es, in Bereiche zu investieren, in denen öffentliche Gelder dringend benötigt werden, wie z.B. die langfristige Vorbereitung auf Epidemien, HIV/AIDS, armutsbedingte und vernachlässigte tropische Krankheiten, und investiert dennoch in hohem Maße in gewinnträchtige Bereiche, in die die Pharmaindustrie bereits beträchtliche Mittel investiert.

- Die IMI investiert in Prioritäten, die es der Industrie ermöglichen, Einfluss auf die Regeln wichtiger Sicherheitsstandards für die Gesundheit von Mensch und Umwelt zu nehmen. **Viele Projekte ermöglichen es der Industrie anscheinend, die IMI zu nutzen, um bei den Regulierungsbehörden Lobbyarbeit zu wichtigen Fragen** der Sicherheitsstandards neuer Medikamente zu betreiben, ohne dass öffentliche Akteure wie die Europäische Kommission oder die Mitgliedsstaaten daran beteiligt sind.

- Die IMI trägt nicht dazu bei, den Zugang zu Medikamenten zu erleichtern, sondern verfestigt vielmehr ein System, das die Arzneimittelpreise in die Höhe treibt und damit die nationalen Gesundheitsbudgets belastet. In einem krassen Beispiel behauptete die IMI, sie trage dazu bei, ein lebensrettendes HIV-Medikament in Afrika erschwinglicher zu machen, indem sie die Entwicklung eines billigeren Herstellungsverfahrens finanziere. Unsere Untersuchung ergab jedoch, dass dieses Verfahren bisher noch nicht zur Herstellung des betreffenden Medikaments eingesetzt wurde, obwohl es auch zur Kostensenkung bei der Herstellung profitablerer Medikamente für Länder mit hohem Einkommen eingesetzt werden kann (vgl. Fallstudie Flucytosin).

- Selbst dort, wo die IMI in Bereiche investiert, die für die öffentliche Gesundheit von Interesse sind, wie z.B. im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen, haben wir **öffentliche Partner gefunden, die Alarm geschlagen haben über die Dominanz der Industrie und**

entsprechende Bedenken hinsichtlich Transparenz, Ethik und Interessenkonflikten, und die sich deshalb gezwungen sahen, sich aus Projekten zurückzuziehen. Am beunruhigendsten ist vielleicht, dass, wenn solche Konflikte auftraten, offenbar weder die Kommission noch das IMI-Büro ausgerüstet oder motiviert waren, einzugreifen.

- Gleichzeitig haben wir **keine Anzeichen für eine Hebelwirkung oder eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit** gesehen; vielmehr sind die KMU aufgrund des ausbeuterischen Verhaltens der großen Pharmaunternehmen aus dem Programm geflohen.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die IMI die Ziele verfehlt hat, die sie für sich in Anspruch nimmt, darunter die Überwindung des Marktversagens und die Verbesserung der Entwicklung und Verfügbarkeit von Gesundheitstechnologien für ungedeckte medizinische Bedürfnisse.

- **Der Einfluss der Industrie überwiegt in den Governance-Mechanismen der IMI**, was dazu beiträgt, zu erklären, warum die IMI in die Prioritäten der Industrie statt in unerfüllte soziale Bedürfnisse investiert. Während der Verwaltungsrat angeblich 50-50 zwischen öffentlichen Beamten und dem privaten Sektor aufgeteilt ist, verfolgt die Kommission bei der Festlegung der Tagesordnung einen "hands-off"-Ansatz. Die Gruppen, die für das Verfassen der IMI-Agenda verantwortlich sind, haben ein schockierendes Übergewicht zugunsten der Industrie, manchmal sogar um den Faktor 20-1.

- Die beratenden Gruppen der IMI, wie z.B. der Wissenschaftliche Ausschuss, die möglicherweise Beiträge zu Themen der öffentlichen Gesundheit leisten wollen, die über die für kommerzielle Partner interessanten Themen hinausgehen, haben keinen formellen Einfluss auf die Tagesordnung. Tatsächlich haben einige Mitglieder des Wissenschaftlichen Ausschusses kommentiert, dass ein Thema, das für die Industrie nicht interessant ist, nicht finanziert wird. **Gruppen der Zivilgesellschaft, wie z.B. Nichtregierungsorganisationen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, sind bei allen Mechanismen zur Festlegung der Tagesordnung nicht vertreten.** Und während Patientenorganisationen anwesend sind, bleiben Fragezeichen über die Interessenkonflikte, die sich aus ihrer anhaltenden Abhängigkeit von der Finanzierung durch die Industrie ergeben.

- Trotz der jüngsten Reformen **ist Transparenz nach wie vor ein ernstes Problem.** Das IMI war über zehn Jahre lang tätig, ohne dass es konkrete Indikatoren zur Messung seiner Auswirkungen gab. Darüber hinaus gibt es nach wie vor keine Standardmethode für die Berichterstattung oder die Berechnung der "Sachleistungen" der Industrie - d.h. der Arbeitszeit der Mitarbeiter, der Einrichtungen usw. -, die EFPIA-Unternehmen als wesentlichen Teil ihres Beitrags zur IMI beanspruchen können. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass das Fehlen einer angemessenen Überwachung dieser Finanzierung reale Kosten verursacht, wobei Verzögerungen und Finanzierungslücken die Projekte gefährden.

Insgesamt ergibt sich ein besorgniserregendes Bild eines institutionellen Aufbaus, der "Pflichten und Verpflichtungen" für den öffentlichen Sektor und nur "Privilegien und Vorteile" für den privaten Sektor schafft. Es handelt sich um eine nur dem Namen nach bestehende Partnerschaft, die von privaten Interessen geleitet wird, mit wenigen wirklichen Kontrollen bei der Wahl ihrer Prioritäten und wenigen

Mechanismen, die sicherstellen, dass die Öffentlichkeit einen wirklichen Ertrag aus ihren Investitionen erhält.

- Alles in allem **wirft diese Analyse des IMI deutliche Fragen darüber auf, warum genau die Europäische Kommission diese Initiative mit EU-Steuergeldern finanziert.** Kontroversen wie der Glyphosat-Skandal haben uns gelehrt, dass große Vorsicht geboten ist, wenn die Industrie in direkten Kontakt mit den Regulierungsbehörden kommt, aber das IMI führt uns genau in die entgegengesetzte Richtung.
- Die Dominanz der Industrie in den Governance- und Agenda-Setting-Prozessen der IMI war bereits in mehrere Evaluierungen alarmierend. Doch anstatt sich mit den grundlegenden Fragen zu befassen, hat es die Kommission versäumt, die Partnerschaft zu überprüfen, und sich stattdessen darauf konzentriert, Kritik durch PR abzuwehren.
- Die künftige Form der öffentlich-privaten Gesundheitspartnerschaft der EU wird derzeit vorbereitet. Während die EU angesichts vieler Kritiken einige bescheidene Reformen vorgeschlagen hat, zeigt das Protokoll des IMI-Verwaltungsrates, dass der **Europäische Verband der Pharmazeutischen Industrie und Verbände (EFPIA) seine privilegierte Position nutzt, um für seine eigenen Interessen zu lobbyieren, zum Beispiel gegen die Pläne der EU zur Reform der Sachfinanzierung und der Vorschriften zum geistigen Eigentum in der Nachfolge der IMI.** Auch an der Governance-Front geht es weiter wie bisher, mit EFPIA am Steuer, um auszuwählen, mit wem sie in der nächsten Partnerschaft zusammenarbeiten wollen, und um die Agenda für die Forschung festzulegen.
- Die nächste Partnerschaft wird noch mehr Branchen einbeziehen und sich zum Beispiel auch auf Big Data im Gesundheitswesen konzentrieren. Sollten Pharma- und Technologieunternehmen wirklich EU-Forschungsgelder erhalten, damit sie sich zusammensetzen und die Regeln dafür festlegen können, wie sie Patienten- und medizinische Daten nutzen und davon profitieren können?

=> Über das Gemeinsame Unternehmen der Biobasierten Industrie (BBI)

- **BBI ist eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Bio-Based Industries Consortium (BIC), einer Ad-hoc-Lobbygruppe, die Unternehmen aus der Agrar-, Forst-, Biotechnologie-, Chemie- und Energiebranche zusammenführt.**

- **Zeitleiste:** 2014 geschaffen und bis 2024 in Betrieb (die letzten zu finanzierenden Projekte wurden 2020 identifiziert). Der Start des BBI-Nachfolgers "Circular Bio-based Europe" wird derzeit von der Europäischen Kommission evaluiert.

- **Budget:** 3,7 Mrd. €, von denen 975 Mio. € aus öffentlichen EU-Mitteln stammen und 2,7 Mrd. € von Industriepartnern in Form von Sach- und Geldleistungen beigesteuert werden sollen.

- **Angeblisches Ziel:** Beitrag zu einer ressourceneffizienteren und nachhaltigeren kohlenstoffarmen Wirtschaft und zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Umsetzung einer industriellen 'Bioökonomie'-Strategie

- Das "Bio-based Industries Joint Undertaking (BBI)" wurde 2014 nach einer langen Lobbykampagne der Unternehmen, insbesondere der Biotech-, Forst- und Chemieindustrie, gegründet. Dieses Markterschließungs- und Unterstützungspaket wird von der Europäischen Kommission diesen Industrien zur Umsetzung der "Bioökonomie"-Strategie der EU gewährt. Der BBI sollte 975 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt erhalten, das sind 21,8 Prozent aller Gelder, die die EU im Rahmen der zweiten "gesellschaftlichen Herausforderung" des EU-Forschungsrahmenprogramms 2014-2020 "Horizont 2020" ausgibt: "Ernährungssicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Meeres-, See- und Binnengewässerforschung sowie Bioökonomie".

- Die allgemeine Idee hinter der industriellen Bioökonomie besteht darin, fossile Brennstoffe in industriellen Prozessen teilweise durch "Biomasse" (biologische Materie, hauptsächlich der Output der Land- und Forstwirtschaft) zu ersetzen, unter der Prämisse, dass "biologisch" gleich "zirkulär" ist, was wiederum gleich "nachhaltig" ist. Dies ist jedoch nicht unbedingt der Fall. Tatsächlich hat die Produktion von Biomasse in Europa in den letzten 15 Jahren stagniert, und der größte Teil der derzeitigen Produktion wird nur durch nicht nachhaltige land- und forstwirtschaftliche Praktiken erreicht. Die zusätzliche Nachfrage, die durch diese industrielle "Bioökonomie" ausgelöst wird, kann nur auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion und der Integrität der verbleibenden funktionierenden Ökosysteme in Europa und im Ausland gedeckt werden. Obwohl der BBI darauf besteht, dass seine Projekte nicht mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren, basieren 24% der von ihm finanzierten Projekte auf landwirtschaftlicher Biomasse, 60% mehr als ursprünglich geplant.

Beseitigung bestehender Kohlenstoffsinken in Europa und im Ausland bei gleichzeitigem Ausstoß von noch mehr CO₂

- Der BBI ignoriert die zerstörerischen Auswirkungen seiner Projekte auf die terrestrischen Kohlenstoffsinken, Böden und Wälder Europas. Der Ausbau der Biomassegewinnung, ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe zu reduzieren, verbindet das Schlimmste aus beiden Welten: die Beseitigung bestehender Kohlenstoffsinken bei gleichzeitigem Ausstoß von noch mehr CO₂. Nur 10 Prozent aller BBI-geförderten Projektkoordinatoren

prognostizierten, dass ihre Initiativen positive Auswirkungen auf die Biodiversität hätten, und nur 27 Prozent der Koordinatoren erwarteten positive Auswirkungen auf die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.

- Den Löwenanteil der gesamten BBI-Finanzierung erhielten die EU-15-Länder. 87,8 Prozent der Teilnehmer kamen aus diesen Ländern gegenüber 8,8 Prozent aus den EU-13.

- Der Aufbau einer europäischen Industrie, die sich von Biomasse ohne ausreichende einheimische Versorgung versorgt, bedeutet ein beträchtlich erhöhtes Risiko, dass Ressourcen anderswo angeeignet werden, insbesondere im globalen Süden, wo der Großteil der Biomasse des Planeten zu finden ist. Sollte es auf dem Weg zur europäischen Nachhaltigkeit wirklich wieder um neokoloniale Importe von Holz, Öl und Zucker aus den Tropen gehen - auf Kosten des Klimas, der Biodiversität und der Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen?

- Der BBI hat bisher mehr als 70% seines Budgets für die Finanzierung vor-kommerzieller und kommerzieller Industrieprojekte zur Herstellung verschiedener biomasse basierter Produkte wie Kunststoffe und Kraftstoffe aufgewendet. Das ist fragwürdig: Sollen vorkommerzielle und großtechnische Fabriken wirklich für die EU-Forschungsförderung in Frage kommen, die für die Privatwirtschaft zu risikoreich ist, wenn diese Projekte bereits im Demonstrator Maßstab erprobt sind, wenn die technologie bedingten Risiken minimal und die Beträge so hoch sind? BBI unterstützt auch Projekte, die Regulierungs-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit umfassen, um die EU-Regulierungsbehörden und die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen und die Prioritäten und Produkte der bio basierten Industrien zu begünstigen. Warum sollte dies alles mit öffentlicher Forschungsförderung unterstützt werden?

- Die Ergebnisse der durch den BBI geförderten Forschungsprojekte sind aufgrund mangelnder Transparenz schwer zu bewerten. Die Unternehmen privatisieren systematisch Ergebnisse und Daten aus ihren Projekten, und die verwendeten Bewertungsindikatoren sind so eng gefasst, dass sie soziale und ökologische Auswirkungen zumindest anfangs völlig außer Acht lassen.

Während die EU das Geld einbringt, bringen die Industriepartner kaum ihren Anteil ein.

- Während alle BBI-Projekte sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch Sach- und Finanzspritzen der Industrie finanziert werden sollten, zeigen die jüngsten verfügbaren Zahlen, dass die teilnehmenden Unternehmen nur einen kleinen Teil der zugesagten Leistungen erbracht haben. So hat die Europäische Kommission bereits 27 Prozent (264,6 Mio. Euro) ihrer zugesagten finanziellen Mittel eingezahlt, während die Industriepartner bisher nur 3 Prozent der von ihnen zugesagten Mittel und nur 3,7 Prozent ihrer prüffähigen Sachleistungen eingezahlt haben. Diese Unternehmen sind auch dagegen, die Daten

offen zu legen, die eine angemessene Bewertung dieser Sachleistungen ermöglichen würden.

Ein fehlerhaftes Modell, das wahrscheinlich in "Horizon Europe" erneuert wird (EU 2021-2027 Forschungsfinanzierungsprogramm)

- Die GD Forschung & Innovation der Europäischen Kommission ist sich dieser Versäumnisse durchaus bewusst, hat aber bisher ihre Gesamtfinanzierung für den BBI nur geringfügig reduziert und unterstützt weiterhin die Schaffung seines Nachfolgers.

- All dies könnte auf Fälle von Missbrauch des Systems durch die Industrie hindeuten, aber es stimmt auch mit der Art und Weise überein, wie der BBI eingerichtet wurde: Sowohl die allgemeine Forschungsagenda als auch der jährliche Arbeitsplan wurden von der Industrie verfasst. Bei einer solchen Konstellation war zu erwarten, dass die teilnehmenden Unternehmen die Ressourcen des BBI für ihre eigenen, bereits bestehenden Prioritäten umleiten würden, anstatt sich den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen.

- Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission verhandeln derzeit über den EU-Haushalt 2021-2027, insbesondere über Horizon Europe, das nächste EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Währenddessen setzen sich die an der Entwicklung der industriellen Bioökonomie interessierten Lobbygruppen - angeführt von EuropaBio, der europäischen Lobbygruppe der Biotech-Industrie - dafür ein, dass der BBI-Nachfolger "Circular Bio-based Europe" mit noch mehr öffentlichen Geldern ausgebaut wird. Angesichts der zentralen Rolle, die die Mitgliedsstaaten von der Bioökonomie-Strategie der EU im anstehenden European Green Deal erwarten, und der Unterstützung für das "Circular Bio-based Europe", die die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft zum Ausdruck gebracht hat, ist es leider gut möglich, dass sich die Bioökonomie-Lobby durchsetzen wird.

EMPFEHLUNGEN

(Spezifische Empfehlungen sind am Ende jedes Berichts aufgeführt)

-> Zu IMI2 und BBI (bis zu deren Schließung)

- Für den BBI:

- Überweisen Sie die aufgrund der Projekte verbleibenden öffentlichen Mittel durch den BBI erst dann an die Industriepartner, wenn diese ihre erwarteten finanziellen- und prüffähigen Sachleistungen (IKOP) erbracht haben.

- Einführung einer Verpflichtung für alle BBI-finanzierten Projekte, Herkunft, Art und Mengen der Biomasse, die sie verwenden, öffentlich zu melden, wenn dies relevant ist, und die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Projekte zu bewerten (einschließlich des Schicksals der nachgeschalteten Abfälle), insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf direkte und indirekte Landnutzungsänderungen, Lebensmittelpreise, Klima, Biodiversität und Ungleichheiten.

- Für das IMI:

- Aufnahme pro-öffentlicher Schutzmaßnahmen und strikter Bedingungen für die verbleibende öffentliche EU-Finanzierung, wie z.B. obligatorischer offener Zugang zu den Projektergebnissen, Zugangs- und Prüfungsklauseln sowie durch das öffentliche Interesse getriebene Formen der Verwaltung des geistigen Eigentums und der Lizenzvergabe für die Nutzung der Endprodukte. Dies muss insbesondere für die laufenden, von der IMI finanzierten Projekte gelten, die direkt oder indirekt mit den Coronavirus-Infektionen in Zusammenhang stehen, wie z.B. das ZAPI-Projekt (Zoonotic Anticipation and Preparedness Initiative), aber auch für die Projekte, die über die Aufforderungen der IMI nach Ausbruch der Pandemie finanziert werden.

- Zuschuss- und Konsortialvereinbarungen sollten als Angelegenheit von öffentlichem Interesse betrachtet und veröffentlicht werden.

- Informationen über die Quantifizierung der "Sachleistungen" der Industrie, ihre Zusammensetzung und den jeweiligen Wert für die Projekte sollten transparent und zugänglich gemacht werden.

-> Zu den möglichen Nachfolgern von IMI & BBI in Horizon Europe

Indem sie den an IMI und BBI beteiligten Lobbygruppen die Möglichkeit gaben, die strategische Forschungsagenda und die jährlichen Arbeitspläne dieser gemeinsamen Unternehmen voranzutreiben, hatten sie die Möglichkeit, sowohl die Finanzierung als auch die Prioritäten der PPPs zu ihrem eigenen Nutzen und nicht zum Nutzen der Öffentlichkeit zu steuern, und sie verzichteten nicht darauf, diese zu nutzen.

Die Industrie scheint bei den möglichen Nachfolgern von IMI & BBI in Horizon Europe, die wahrscheinlich die Bezeichnung Innovative Gesundheitsinitiative bzw. Circular Bio Based Europe tragen werden, wieder am Steuer zu sitzen und bereits ihre strategischen Agenden zu entwerfen und bei der Kommission Lobbyarbeit zu deren Merkmalen zu

betreiben (keine obligatorischen Geldbeiträge der Industrie, IP-Governance, Partner...). Dies ist wiederum ein Schritt in die falsche Richtung, weil eigentlich ernsthafte Reformen hin zu einem offenen, transparenten und integrativen Multi-Stakeholder-Agenda-Setting erforderlich sind. Es wirft die Besorgnis auf, dass die Europäische Kommission der Industrie wieder einmal die Kontrolle über Milliarden von öffentlichen EU-Fördermitteln überträgt.

Wenn die Europäische Kommission sich weigert, diese Situation neu zu überdenken und die Führung bei der Gestaltung der Agenden dieser Partnerschaften zu übernehmen sowie die zahlreichen Probleme der Vorgänger in den Bereichen Governance, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu beheben, raten wir dringend von ihrer Gründung ab.